

Übergang zur sozialistischen Produktionsweise in der DDR

Von Dr. Helmut Griebenow, Sektion Geschichte

Im dritten Beitrag zum unten abgebildeten Buch behandelt Dr. Helmut Griebenow weitere Probleme der Kapitel 1 und 2. Die Behandlung des zweiten Kapitels werden wir mit Beitrag 4 abschließen.

3



der staatsmonopolistische Kapitalismus objektiv die höchste Stufe der materiellen Vorbereitung des Sozialismus ist und seine praktische Realisierung auf die Tagesordnung der Geschichte setzt, dient die Konvergenztheorie der Monopolbourgeoisie dazu, den staatsmonopolistischen Kapitalismus als schon vollzogenen beziehungsweise sich von selbst vollziehenden Übergang zu einer neuen höheren Gesellschaftsordnung darzustellen." (S. 45)

Indem der völlig entgegengesetzte soziale Inhalt der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus und Imperialismus vollständig herausgearbeitet wurde, erweisen sich alle Spekulationen der Konvergenztheorie als völlig haltlos, wonach die wissenschaftlich-technische Revolution die beiden gesellschaftlichen Systeme vor gleiche Probleme stelle und sie damit zur „Konvergenz“ zwinge.

Nicht in der Annäherung von Kapitalismus und Sozialismus, sondern darin, daß der Sozialismus nunmehr sein eigenes Gepräge, seine Vorzüge und seine Überlegenheit über den Kapitalismus entwickelt, besteht das Wesen der gesellschaftlichen Prozesse, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden sind.

„Die ökonomische, politische und ideologische Stärkung des sozialistischen Weltsystems wird entscheidende Bedingungen schaffen, um die wissenschaftlich-technische Revolution voll in den Dienst des Sozialismus zu stellen.“ (S. 46)

Das 2. Kapitel des Buches, in dem die Autoren die Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der Deutschen Demokratischen Republik behandeln, umfaßt jene erste Phase in dem „geschichtlichen Prozeß von der Entstehung der Elemente des Sozialismus in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis zur Gegenwart“¹⁾, in der

die Grundlagen des Sozialismus geschaffen wurden und die mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse endete.

Die Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in der DDR vollzog sich in großen Etappen, die mit der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Revolution fest verbunden und deshalb erfolgreich waren, „weil die SED – völlig im Gegensatz zu den Behauptungen der westdeutschen Imperialisten – auf allen wichtigen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung die spezifischen Formen der Durchsetzung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode gesüht und gefunden hat.“ (S. 105)

Aus den großen geschichtlichen Erfahrungen unserer Epoche ist die Erkenntnis zu gewinnen, so arbeiten die Autoren heraus, daß eine marxistisch-leninistische Partei in ihrer Strategie und Taktik die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem, Nationalem und Internationalem stets streng beachten muß. „Nationales und Besonderes sind nichts anderes als Erscheinungsformen der für alle Länder gültigen Prinzipien unter konkreten historischen Bedingungen.“ (S. 105) Wenn die Autoren hervorheben, daß der Umgestaltungsprozeß in den einzelnen Ländern, abhängig von den politischen, historischen, ökonomischen, geographischen und kulturellen Bedingungen, unterschiedliche Formen annimmt, daß die Reife und die Erfahrungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei, das Niveau der Produktivkräfte und der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft zu Beginn der Revolution, das Verhältnis der Wirtschaftskräfte und der Klassenkräfte im Lande sowie das internationale Kräfteverhältnis großen Einfluß auf die Dauer der Übergangsperiode, die Methoden der Umgestaltung, die Formen des Klassenkampfes haben, so unterstreichen sie zugleich, daß man nur, wenn man von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten ausgeht, diese Erscheinungsformen richtig berücksichtigen kann.

Bereits bei der Bewältigung grundlegender Aufgaben der Übergangsperiode in den beiden Revolutionen ging die SED immer „vom Systemcharakter sowohl der sozialistischen Gesellschaft als auch der sozialistischen Produktionsweise aus“ (S. 187). Die Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise auf deutschem Boden wurde von ihr von Anfang an als gesellschaftlicher Entwicklungsprozeß angesehen, „in dessen Verlauf es darauf ankam, die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus nachgewiesenen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Überbau unter den Bedingungen der politischen und ökonomischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bewußt zu beherrschen und planmäßig zu gestalten.“ (S. 71)

Nach der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Diktatur ging es zunächst vor allem darum, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse mit der Lösung der Machtfrage beim demokratischen Aufbau zu verbinden. Im Lichte unserer historischen Erfahrungen folgten die Autoren, „daß die Bildung der SED nicht nur das Fundament für den Sieg der Arbeiterklasse, für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik legte, sondern auch für den späteren Sieg der Arbeiterklasse, den Triumph der Ideen von Marx, Engels und Lenin in ganz Deutschland. Die Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, das ist das teuerste Gut der gesamten Arbeiterklasse, die Gewähr für das Aufblühen, für eine glückliche, gesicherte Zukunft unserer Nation.“ (S. 60)

Auf ökonomischem Gebiet mußten zunächst die Grundmauern des Imperialismus abgetragen, die wichtigsten Schlüsselpositionen in der Wirtschaft mit Klassenbewußten Arbeitern besetzt und die ökonomischen und materiellen Grundlagen der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern aufgebaut werden. Ein neues System der Wirtschaftsführung, das sowohl auf die Steigerung der Produktion und die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung als auch darauf gerichtet sein mußte, die staatlichen und wirtschaftlichen Positionen der Arbeiterklasse zu erweitern, den Einfluß der marxistisch-leninistischen Partei zu vertiefen und eine demokratische Friedenswirtschaft zu schaffen, war auszuarbeiten. (S. 71)

¹⁾ W. Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin, 1967, S. 30

Versuch zur Verfälschung des demokratischen Zentralismus

Eine Auseinandersetzung mit den revisionistischen Auffassungen Ota Siks über die Dezentralisierung der Volkswirtschaft

WPS-Ergebnisse

Der vorliegende Beitrag von Michael Müller, Journaliststudent des 2. Studienjahres, ist der vierte Teil einer im wissenschaftlich-produktiven Studium der Politischen Ökonomie des Sozialismus erarbeiteten Kollektivarbeit (Betreuer Dr. Werner Kapfenberger). Das Thema der Kollektivarbeit:

Das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln – die grundlegende Existenzbedingung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Darstellung, daß der demokratische Zentralismus selbst Bestandteil der Produktion des volkswirtschaftlichen Reaktionsprozesses ist und daß er sich als sozialistische Produktionskraft und Produktionsverhältnisse ableitet, deutet schon an, daß Dezentralisierung der sozialistischen Volkswirtschaft widerspricht. Die Trennung von Staat und Eigentum an Produktionsmitteln ist in letzter Linie der Zerschlagung der sozialistischen Volkswirtschaft dienlich. Die Trennung bei der langfristigen Vorzug der Konterrevolution – die Trennung der Eingreifen der Staaten des Warschauer Vertrags verbindet wurde – eine wesentliche Rolle. In einer Auseinandersetzung mit zahlreichen Äußerungen des revisionistischen Prof. Dr. Ota Siks soll auf einige Aspekte dieser Spielarten des Revisionismus eingegangen werden.

nomie“, 564: Zuerst läßt er anklingen, daß Dogmatismus und eine zu starke Zentralisierung „... ein wirkliches Reagieren auf die Entwicklung der Nachfrage der Verbraucher und überhaupt der gesellschaftlichen Bedarfsentwicklung unmöglich machen“. Um dann aber auch schon recht pointiert festzustellen, daß ein „... wirklicher absoluter Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft nicht existiert“. (Man beachte diese klassenwiderständige Interpretation der Kategorie „Warenproduktion“ bei Siks auch schon in „Nova Mysl“ 9/63!)

1967, in seinem Buch „Plan und Markt im Sozialismus“ erhebt Siks dann endlich den kapitalistischen Marktmechanismus zu einem Feind. Auf eine neue Eigentumskonzeption geht er jedoch noch nicht ein. Die Enteignung des sozialistischen Staates offen zu proklamieren – das wäre noch zu früh gewesen. Von allen inneren und äußeren Feinden der CSSR wurde Siks jedoch gut verstanden: Die Konsequenz hieß auch damals schon Dezentralisierung, Gruppeneigentum.

Weit offener zeigte er sich nach dem 31. August 1968 und seiner „überbasierten“ Abreise in die Schweiz in einem Fernsehinterview. Hier lohnen sich längere Ausführungen:

Reporter: Wo soll denn die Grenze zwischen Ihrem sozialistischen Modell und dem Kapitalismus verlaufen?

Siks: Es wurde geplant, ein ganz besonderes, neues kollektives Eigentum der Betriebe zu schaffen, das sich von dem alten bürokratischen (!) Staatseigentum unterscheidet.

Reporter: Der Kollektivbetrieb wäre also nicht identisch mit dem Staatsbetrieb?

Siks: Im Gegenteil, wir wollten eine vollkommene Abtrennung der Betriebe vom Staat.

Reporter: Darf man sagen, daß das eine Form von Privatbetrieb gewesen wäre (!), aber in den Händen einer Gruppe, nicht eines einzelnen?

Siks: Ja, es wären eigentlich große Konzerne, große Trusts gewesen. Wir wollten das Konkurrenzprinzip einführen. ... Pläne sollten Orientierungsmittel und keine verbindlichen Aufgaben werden.

Machen wir uns noch einmal den revisionistischen Weg und seine Konsequenzen klar:

1. Leugnung der Errungenschaften der sozialistischen Planwirtschaft. Die Methode ist so einfach wie falsch, denn sie beruht darauf, daß man den demokratischen Zentralismus dem Bürokratismus gleichsetzt. Daraus ergibt sich dann die Siks'sche These: „Die Wurzel des Übels liegt im politischen Bereich, in der Arbeitsweise der Partei überhaupt.“ (Weg und Ziel, Wien, 4/68)

2. Die Konsequenz heißt Abbau der ökonomischen Rolle des Staates, der Markt muß wieder bestimmen! Gerade das war für Siks kein akademisches Problem, sondern eins der Praxis. (Diese „Wirtschaftspolitik“ hat Folgen, die noch heute nachwirken. Letzte Meldungen über Maßnahmen der CSSR-Regierung – vor allem auf dem Gebiet der Freispolitik – und die Angaben über die Wirtschaftsentwicklung 1969 zeigen jedoch schon eine schrittweise Konsolidierung.)

3. Dazu braucht man dann auch eine neue Eigentumskonzeption, und zwar eine, die Lenin schon in den Anschauungen der Anarcho-Syndikaten widerlegte, das Gruppeneigentum. Seine Auswirkungen auf die sozialistische Entwicklung könnte man wie folgt zusammenfassen: Das ökonomische Grundgesetz im Sozialismus basiert auf der Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem das Wertgesetz regiert, bestimmt – eben entsprechend seinem ökonomischen Grundgesetz – im Sozialismus die Befriedigung der materiellen und kulturellen Interessen der Gesellschaft die Ökonomie.

Bei der Selbstverwaltung – das ist der juristische Ausdruck für das Gruppeneigentum – dominieren aber immer Interessen einzelner, und zwar vieler einzelner Gruppen. Wertgesetz, Marktmechanismus, Ware-Geld-Beziehungen wirken also nicht im Rahmen der notwendigen gesamtgesellschaftlichen sozialistischen Planwirtschaft. Ein sozialistischer Aufbau ist so nicht möglich. Im Sozialismus gibt es außer dem Staat keine andere Organisation, die den gemeinsamen Willen aller

Werkstätigen ausdrücken und in ihrem Namen über die nationalen Reichtümer verfügen könnte. Eben damit verband Lenin die Notwendigkeit des Staates in der sozialistischen Gesellschaft, „... der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat“ und die Kontrolle „... über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion“ (Werke, Band 23, Seite 481 ff.).

4. Aus dem Abbau der ökonomischen Rolle des Staates und der Gruppeneigentumskonzeption ergibt sich dann die Auflösung des sozialistischen Staates überhaupt. Die Rolle des sozialistischen Staates bei Siks charakterisierte die „Neue Zürcher Zeitung“ (28. 2. 1969) treffend und – wie es scheint – etwas mitleidig gegenüber dem wohl auch ihr etwas zu halbseidenen Denkmodell: „Siks wollte den Staat (gemeint ist der sozialistische Staat) als Repräsentant aller Werktätigen in einen kontrollierenden Nachtwächter verwandeln.“

Von dieser Feststellung führt der Weg gerade zu einer Äußerung der „Deutschen Volkszeitung“, Prag, 31/1968: „Sollte es nicht gelingen, auch in den anderen sozialistischen Ländern (!) ähnliche Bedingungen zu schaffen, wie in der CSSR, so werden unsere Verbindungen zum RGW wohl eher zurückgehen.“ Das leitet über zu:

5. Der Herauslösung der CSSR aus dem RGW und aus dem Warschauer Pakt! Diese fünf Konsequenzen zusammen mit einer breiten politischen, d. h. in diesem Fall konterrevolutionären Bewegung, hätten nicht nur den äußeren Feinden der CSSR Tür und Tor geöffnet, sondern die Übernahme der Macht auch durch eine nationale Kapitalistenschicht objektiv erfordert.

Wo liegen nun die Ursachen für diesen Siks'schen Revisionismus? Der Übergang von der extensiven zu einer intensiven Wirtschaftsentwicklung – bedingt durch das Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution – verlangt von den sozialistischen Ländern eine weitreichende und wissenschaftliche Führungs- und Leitungstätigkeit von Partei und Regierung. Die Herausbildung einer volkswirtschaftlichen Strukturpolitik zur Gestaltung der nation-

alen Wirtschaft setzt – um es nicht zu Störungen kommen zu lassen – die vollständige Entfaltung der Dialektik von notwendiger zentraler Planung und Leitung in Grundfragen und Eigenverantwortung in Fragen des betrieblichen Reproduktionsprozesses voraus. Geschieht das nicht, verlangsamt sich das Entwicklungstempo und es kommt zu einer Stagnation der Nationalökonomieentwicklung. Dazu einige Zahlen aus der CSSR:

Jahr	NE-Zuwachs
1961	6,8 Prozent
1962	1,4 Prozent
1963	- 2,2 Prozent
1964	0,9 Prozent

In der Diskussion dieser Entwicklung hatte aber nicht immer die KPC die Führung, sondern bald auch der damalige Direktor des Prager Akademie-Institutes für Wirtschaftswissenschaften, Prof. Dr. Ota Siks, mit seinen eigenen privaten Ansichten den Ton an. Die Ursachen und Begünstigungen für das Wirksamwerden und für die Entwicklung einer revisionistischen Konzeption, wie es die Siks'sche ist, liegen in:

- a) einer mangelhaften Führungs- und Leitungstätigkeit der Partei;
- b) einer daraus folgenden ungenügenden schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der marxistischen Politischen Ökonomie des Sozialismus;
- c) einer schlechten Weiterentwicklung der Dialektik von zentraler Planung und Leitung und Eigenverantwortung;
- d) der unzureichenden Ausnutzung der Kategorien der sozialistischen Produktionsweise, wie Preis, Nettogewinn, Produktionsfondsabgabe, Kredit;
- e) einem inkonsequenten Kampf gegen feindliche Theorien.

Es ist ersichtlich, daß diese Ursachen natürlich subjektiv sind, die ihrerseits jedoch auf der falschen Einschätzung eines objektiven Vorgangs beruhen. In der DDR ist für solche subjektiven Ursachen kein Platz. Das reicht von der konsequenten Haltung der Partei in theoretischen Fragen (z. B. Polemik von Dr. Günter Mittag auf dem 9. Plenum gegen Prof. Dr. Kohlmei) bis hin zur kollektiven Ausarbeitung des Standardwerkes „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR.“